

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Nachtragshaushaltsgesetz 2009) (Plenarsitzung vom 04.03.2009)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Kollege Groth. – Jetzt hat der fraktionslose Abgeordnete Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel*) (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal an die Kollegen von der CDU gerichtet – Herr Weisbrich, vielleicht sollten auch Sie einmal zuhören –: Wenn man kein Auto fahren kann, sollte man es besser lassen. Wenn man Rot und Grün nicht auseinanderhalten kann, sollte man es auch besser lassen. Vielleicht sollte man dann besser auch kein Verkehrsminister werden, weil das vielleicht auch nicht so gut ist.

Beim Kölner Karneval konnten wir erleben, was die Menschen in Nordrhein-Westfalen von der Regierungspolitik in NRW halten: Die Profitratten zogen durch die Kölner Straßen und hielten der Regierung den Spiegel vor. – Das ist das, was die Menschen hier in Nordrhein-Westfalen von der Regierungspolitik denken.

Noch vor Kurzem wurden alle Vorschläge der Linken zur Vergesellschaftung von Unternehmen abgetan. Mittlerweile bedienen Sie sich relativ problemlos bei unseren Vorschlägen.

(Lachen von der FDP)

Doch so wie Sie haben wir uns die Vergesellschaftung von Unternehmen nicht vorgestellt, dass nämlich Schulden und Defizite sozialisiert, von den Bürgerinnen und Bürgern bezahlt werden, während vor allem die Banker auch jetzt noch Millionensummen privatisieren können. Dass die Nieten in Nadelstreifen, die sich mit krimineller Energie bereichert haben, das auch noch als Leistungszulage deklarieren, ist ein kaum noch zu übertreffender Zynismus. Diese Gier ist schamlos, und Sie schauen dem Treiben fast tatenlos zu.

Genauso überfordert sind Sie offensichtlich auch mit dem Haushalt NRW, außer dass Sie jetzt schon wieder 38 neue Stellen schaffen. Ich kann nur feststellen, dass, wie von mir schon vor einigen Wochen vorausgesagt, dieser Haushalt erneut verfassungswidrig ist. Es ist ein Skandal, dass Sie

kürzlich den Haushalt verabschiedet haben in der Gewissheit, dass er nur ein paar Wochen später bereits Makulatur ist. Ich habe Ihnen bei der Haushaltsdebatte hier vor Kurzem noch gesagt, dass das aus meiner Sicht völlig inakzeptabel ist. Eigentlich müsste ein Haushalt zunächst einmal vollständig vorliegen, bevor so eine Politik gemacht wird, wie Sie sie hier machen.

Die Krise lässt das Land NRW immer tiefer ins Minus rutschen. Durch die Verdreifachung der zunächst geplanten Neuverschuldung jetzt auf 5,6 Milliarden € steigt die Verschuldung insgesamt auf einen Rekordstand von über 122 Milliarden €. Das heißt: Jedes Jahr über 5 Milliarden € Schuldendienst, das ist Ihre Politik entgegen allem, was Sie hier in der Vergangenheit versprochen haben. Der Karneval ist vorbei. Jetzt kommt der große Kater. Es ist eine Bilanz des Scheiterns von CDU und FDP. Dieser Kahle Asten ist der höchste jemals erreichte Schuldenstand in der Geschichte von NRW.

Kommen wir zu einem anderen Thema. Für Opel soll es laut CDU auf Bundesebene keine finanzielle Unterstützung geben. Nicht systemrelevant sei das Unternehmen. Das war heute Morgen in der ARD zu hören.

Die Linke sagt dazu: Eine zügige Entscheidung über die Opel-Hilfen muss her! Jeder Tag, der verloren geht, bedroht die Beschäftigten ein Stück mehr. Eine Lösung für Opel muss auf jeden Fall die Beibehaltung aller europäischen Produktionsstandorte beinhalten. Immerhin geht es allein hier in NRW um über 6.000 Arbeitsplätze.

Auch in der Wirtschaftspolitik haben Sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident – Sie waren ja in den USA –: Was ist denn das Ergebnis Ihrer Reise? Wie geht es jetzt weiter? Geht es so weiter wie bei Nokia? Die Beschäftigten warten endlich auf eine Antwort. Das, was wir heute von Ihrer CDU-Bundestagsfraktion gehört haben, ist alles andere als ein positives Zeichen.

Auch bei der WestLB wird die Dramatik immer größer. „Brüssel zählt WestLB an“ – so konnte man heute im „Handelsblatt“ lesen. Die EU verlangt bis Ende März einen Sanierungsplan. Eine weitere Fristverlängerung – drei Monate wurden bereits gewährt – soll es nicht geben. 80 Milliarden € Risiken sind vakant und sollen ausgelagert werden.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Rüdiger Sagel*) (fraktionslos): Ich komme zum Ende, Herr Präsident.

Eine Bad Bank gibt es nicht. Die Privatisierung droht. So kann man es aus Insiderkreisen hören.

Bei einer Sache – das soll mein Schlusswort sein – haben Sie nicht versagt, und zwar beim Abzocken der Bürger. Das ist die Realität. Das Abzocken der Bürger geht weiter. Für die Krise werden die steuernzahlenden Bürger aufkommen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Sagel!

Rüdiger Sagel*) (fraktionslos): Wir werden am 28. dieses Monats dagegen demonstrieren.

(Angela Freimuth [FDP]: Die Linke ist für Steuersenkungen? Super!)

„Wir zahlen nicht für Ihre Krise.“

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege!

Rüdiger Sagel*) (fraktionslos): Das wird unser Demonstrationsmotto sein.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Die Landesregierung wünscht noch einmal das Wort. Herr Minister Laschet, bitte.